

Anja MÜLLER/Villa Europa  
Lipowa 1/Topolowa 19  
05-807 Podkowa Leśna  
Poland, EU  
**anja.muller1996@gmail.com**

TU Berlin, Fak. V, ILS  
Eingang

24. MAI 2022

FG Verkehrssystemplanung  
und Verkehrstelematik

DR KAI NAGEL  
Technische Universität Berlin  
Sekt. SG 12  
Salzufer 17-19  
D-10587 Berlin  
Germany  
**nagel@vsp.tu-berlin.de**

May 16<sup>th</sup>, 2022

**Sehr geehrter Herr Dr. Nagel**, ich beehre mich, Ihnen mitzuteilen, dass ich von der Villa Europa Sp. z o. o. mit Sitz in Warschau einen Vollstreckungsbescheid für die nachstehend genannte Forderung erhalten habe, die trotz wiederholter Mahnungen noch nicht beglichen wurde.

I'm sorry for not continuing of writing to you in German, however, we are working in an international setting. On January 31<sup>st</sup>, 2022 the mentioned company has been awarded a court order ordering you to pay certain amounts as specified in the attached court order and its translation to German. Let me add that the court order is final and directly enforceable (with the deadline of April 5<sup>th</sup>, 2022).<sup>1</sup>

---

<sup>1</sup> You have been instructed that: Mitteilung an die Verfahrensbeteiligten Das Gericht weist die Parteien darauf hin, dass die Entscheidung in der vorliegenden Rechtssache nach der Verfahrensordnung des Gerichts endgültig ist. Die Verfahrensparteien können jedoch eine Klage auf Aufhebung des Schiedsspruchs (Entscheidung) gemäß dem in der polnischen Zivilprozessordnung, Art. 1208 § 1, vorgesehenen Verfahren einreichen, und zwar aufgrund der zwischen den Verfahrensparteien geschlossenen Schiedsklausel und der darin enthaltenen Bestimmung, dass "...das auf den Vertrag anwendbare Recht das materielle polnische Recht ist...". Das Gericht weist die Parteien darauf hin, dass eine Klage auf Aufhebung eines Schiedsspruchs innerhalb von zwei Monaten ab dem Datum, an dem die Partei die Entscheidung (den Schiedsspruch) in ihrer endgültigen Form erhalten hat (zugestellt wurde), eingereicht werden muss. Die Einreichung einer Klage erfolgt nach dem Verfahren, das in der polnischen Zivilprozessordnung bzw. in Abschnitt 6.2.3.9 der Gerichtsordnung festgelegt ist. Um dieses Recht und diese Anweisung auszuüben, sollten/können die Parteien die professionelle Hilfe eines Anwalts und/oder eines Rechtsberaters in Anspruch nehmen.

In summary, the due payment is (see the attached documents) €23.155 + €3.473 (Pauschalzulage 15%).

**Thus the total payment due is €26.628.**

We offer you amicable 3 installment payments:

1. €9000 within one week time from the date of receiving this letter (I will get the date from the postal service and let you know *via* e-mail),
2. €9000 within one month from the payment as in point 1,
3. €8628 within one month from the payment as in point 2.

If you proceed with the above payment schedule we will not change the interest amount that was calculated for the date 16-05-2022.

**At this moment the court order is issued against you, however, we do not mind accepting the payment from your institution.**

If you, however, will not proceed with the above proposal, we will proceed and enforce the court order with bailiff (Gerichtsvollzieher) and we will not negotiate the payment source and exactly follow the court order, which defines parties of court decision. We will refuse any payment not coming directly from you accounts.

The above mentioned amounts should be wired to the company account:

Bank Name: Santander Bank Polska Street: Aleja Jana Pawła II 17 City: 00-854 Warszawa Country: Poland, European Union SWIFT CODE: WBKPPLPP
--

Account #: IBAN PL24 7065 0002 0652 4188 0504 0001

Account Holder Name: KS/Villa Europa

Dr. Nagel, for speedy communication use the above e-mail address. Thank you.



Kind regards, Anja Müller.

Vereidigter Übersetzer für die deutsche Sprache

Dr. Wojciech Szeffler

PL – 06 400 Ciechanów

ul. Witosa 7/39

Übersetzung aus dem Polnischen ins Deutsche

Aktenzeichen PESA 04-01/G/2022

ABSCHRIFT

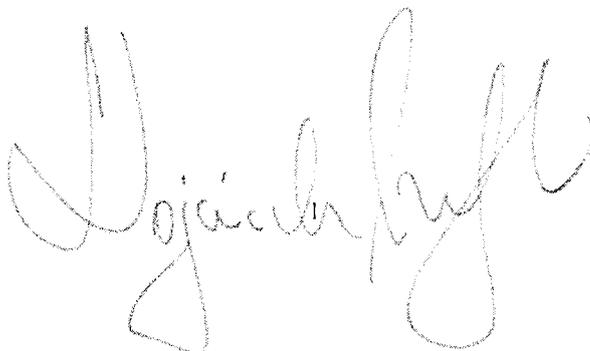
**Beschluss**  
**des paneuropäischen Schiedsgerichtshofs**

31. Januar 2022

Das Paneuropäische Schiedsgericht in Warschau, ul. Marszałkowska 53/36, gerichtliche Besetzung: Einzelschiedsrichterin Anna Martyniuk (Annahmeerklärung und Erklärung der Unabhängigkeit und Überparteilichkeit und Bekanntmachung der Parteien über die Auswahl des Schiedsrichters vom 04.01.2022) hat am 31. Januar 2022 in Warschau die Klage der Villa Europa Spółka z ograniczoną odpowiedzialnością [*Gesellschaft mit beschränkter Haftung*] in 00-807 Warschau, ul. Sienna 64, gegen Dr. Kai Nagel, Anschrift TU [Technische Universität] Berlin Sekr. SG 12, Salzufer 17-19, D-10587 Berlin, Deutschland, auf der Grundlage der Schiedsklausel in der Vereinbarung der Parteien vom 18. September 2020 und der Klageschrift der Villa Europa vom 04.01.2022 auf Zahlung von 12.921 € zuzüglich gesetzlicher Zinsen für Recht erkannt:

1. Der Beklagte Dr. Kai Nagel, Anschrift TU [Technische Universität] Berlin Sekr. SG 12, Salzufer 17-19, D-10587 Berlin, Deutschland, wird verurteilt, an die Villa Europa spółka z ograniczoną odpowiedzialnością [*Gesellschaft mit beschränkter Haftung*] mit Sitz in Warschau, ul. Sienna 64, einen Betrag von 12.921 € (zwölftausendneuhunderteinundzwanzig Euro) als Vergütung für die dem Beklagten erbrachte Verlagsdienstleistung, die frei

Dr. Wojciech Szeffler  
Vereidigter Übersetzer  
für die deutsche Sprache  
PL - 06 400 Ciechanów  
ul. Witosa 7/39





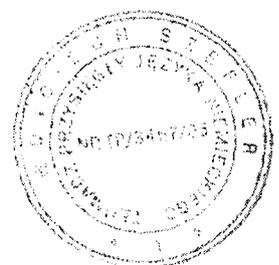
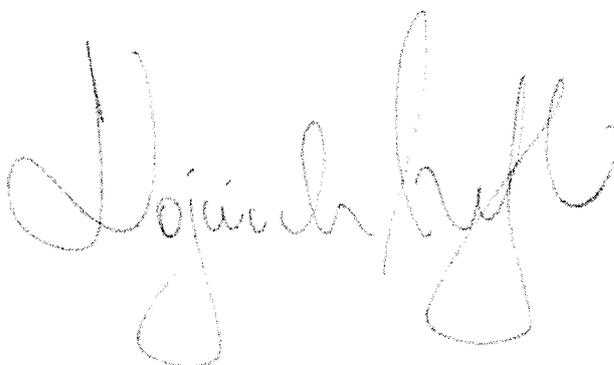
## Begründung des Beschlusses

Die Verfahrensbeteiligten schlossen eine schriftliche Vereinbarung (Verfahrensakte) über die Teilnahme des Beklagten (Dr. Kai Nagel) an einer von der Klägerin veranstalteten wissenschaftlichen Konferenz zur COVID-19-Pandemieforschung. Die Konferenz fand am 18. September 2020 online statt, und der Beklagte Dr. Kai Nagel hielt einen Vortrag mit dem Titel "Using mobile phone data for epidemiological simulations of lock-downs: government interventions, behavioral changes, and resulting changes of reinfections". Der Vortrag von Dr. Nagel wurde aufgezeichnet und sein Inhalt und die redaktionelle Arbeit des Klägers an der Aufzeichnung des Vortrags wurden von Dr. Nagel voll akzeptiert. Der Vortrag wurde schließlich auf dem YouTube-Kanal des Klägers veröffentlicht.

Das Verfahren wurde gemäß der in der Vereinbarung der Parteien (Seite 5) verankerten Schiedsklausel und der Schiedsgerichtsordnung des Paneuropäischen Schiedsgerichtshofs, gemäß der polnischen Zivilprozessordnung (ZPO) Teil V (Polnisches (Schieds-)Gericht) und dem UNCITRAL-Modellgesetz unter Einhaltung aller zwingenden und fakultativen Bestimmungen derselben, der Vereinbarung der Parteien und unter Berücksichtigung von Artikel 1206 der polnischen ZPO durchgeführt.

Die zwischen den Parteien vereinbarte Schiedsklausel sieht Folgendes vor: (1) Die Sprache des Schiedsverfahrens ist Polnisch und das auf den Vertrag anwendbare Recht ist das materielle polnische Recht, das N.Y.-Übereinkommen von 1958 und die Regeln des Paneuropäischen Schiedsgerichtshofs und dass: (2) Die Zahl der Schiedsrichter beträgt eins.

In Anbetracht der Bestimmungen der zwischen den Parteien abgeschlossenen Schiedsklausel und der Bestimmungen der Schiedsgerichtsordnung hat der Einzelschiedsrichter entschieden: (1) Mit eingeschriebenem Brief (Poczta Polska # RR489611934PL) vom 2022-01-05 hat das Gericht dem Beklagten mitgeteilt, dass er auf die Klageschrift (auf die Arbitration Summons) antworten muss. Das Gericht wies den Beklagten auch auf seine Rechte aus der zwischen den Parteien geschlossenen Schiedsklausel hin. Mit demselben Schreiben teilte das Gericht dem



Beklagten die Ernennung eines Einzelschiedsrichters für das vereinfachte Verfahren nach der Schiedsklausel der Prozessparteien mit.

(2) Die Beklagte erhielt am 08.01.2022 um 14:40 Uhr (zugestellt durch die Deutsche Post) eine Kopie der Klageschrift (Ladung zum Schiedsverfahren) sowie die Annahmeerklärung und die Erklärung über die Unabhängigkeit und Unparteilichkeit des Schiedsrichters und die Bekanntmachung der Parteien über die Auswahl des Schiedsrichters vom 04.01.2022.

Gemäß der Gerichtsordnung (vereinfachtes Verfahren im Rahmen der Schiedsklausel) endete die Frist für die Übermittlung einer schriftlichen Klageerwiderung (auf die Aufforderung zum Schiedsverfahren) in Form eines eingescannten Briefes an die Adresse des Gerichts pesa@pesa-count.org gemäß der Gerichtsordnung, die Bestandteil der zwischen den Verfahrensparteien geschlossenen Schiedsklausel ist (Klausel 6.2.3.3.), am 24-01-2022.

Der Antragsgegner (im Gegensatz zum Antragsteller) machte keinen Gebrauch vom kontradiktorischen Prinzip, auch bekannt als Grundsatz der Streitsucht. Dies ist einer der wichtigsten Grundsätze des Zivilprozesses. Sie geht davon aus, dass ein Streit zwischen den Prozessparteien besteht und die Parteien die Beweislast tragen. In einem so verstandenen Prozess spielt das Gericht die Rolle eines Schiedsrichters, der ein Urteil fällt.

Stempel: das Paneuropäische Schiedsgericht PESA ul. Marszałkowska 53/36 00-676  
Warschau

Das Fehlen einer Klageerwiderung steht nach der Gerichtsordnung dem weiteren Verlauf des Verfahrens nicht entgegen. Gemäß Artikel 1190 § 2 der polnischen Zivilprozessordnung setzt das Schiedsgericht jedoch das Verfahren fort, wenn der Beklagte keine Klageerwiderung gemäß Artikel 1188 der Zivilprozessordnung eingereicht hat. Darüber hinaus hat der Beklagte nicht von der Bestimmung des Artikels 1190 § 4 der polnischen Zivilprozessordnung Gebrauch gemacht, die es ihm ermöglicht, seine Untätigkeit vor Gericht zu rechtfertigen.

Das Fehlen einer Antwort auf die Klageschrift kann vom Gericht jedoch nicht als Anerkenntnis der in der Klageschrift genannten Tatsachen gewertet werden. Es kann nicht davon ausgegangen werden, dass eine passive Partei die Behauptungen der gegnerischen Partei stillschweigend anerkennt. In jedem Fall ist das Schiedsgericht bei fehlender

Dr. Wojciech Szeffler  
vereidigter Übersetzer  
für die deutsche Sprache  
Pl. 05 400 Ciecchanów  
ul. Wilosa 7/39



Beteiligung einer Partei am Verfahren verpflichtet, das Vorbringen zur Sach- und Rechtslage fair und umfassend zu prüfen.

Es war daher erforderlich, das Verfahren durchzuführen und die von der klagenden Gesellschaft vorgelegten Unterlagen zu analysieren.

Das Gericht analysierte insbesondere: (1) das Dokument der Parteivereinbarung, (2) die Schiedsklausel, (3) die Umsetzung der Parteivereinbarung in Form einer Videoaufzeichnung der Teilnahme des Beklagten an der Konferenz, (4) die schriftliche Zustimmung des Beklagten zur Redaktionsleistung des Klägers und (5) andere Rechnungen, einschließlich Rechnungen im Zusammenhang mit der Durchführung der Vereinbarung. Nach sorgfältiger Prüfung stellt das Gericht fest, dass alle genannten Beweise und Argumente den Sachverhalt und die Rechtslage in der Rechtssache eindeutig und hinreichend belegen.

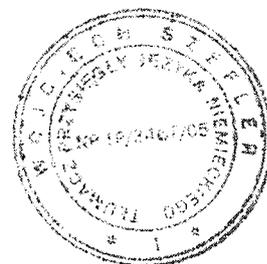
Daher war die Forderung und der Erlass eines Zahlungsbescheids zugunsten des Klägers völlig gerechtfertigt.

Aufgrund der Änderung der polnischen Zivilprozessordnung in Artikel 1391 betonte das Gericht, dass der Nachweis, dass der Antragsgegner an der Adresse für für den Dienst: Dr. Kai Nagel, TU [Technische Universität] Berlin Sekr. SG 12, Salzufer 17-19, D-10587 Berlin, Deutschland, ist die Schiedsklausel der Verfahrensbeteiligten, in der die Beklagte unmissverständlich genau diese Zustellungsanschrift für die Schreiben des Schiedsgerichts angegeben hat. Das Gericht stellte daher fest, dass die Zustellung wirksam war, und kam zu dem Schluss, dass es keinen Grund für eine Aussetzung des Verfahrens gab. Auch die Schiedsgerichtsordnung, die einen integralen Bestandteil der Schiedsklausel bildet, in der Klausel

6.2.2.3. besagt, dass "alle Schriftsätze vom Gericht an die in der Schiedsklausel der Parteien angegebenen Anschriften zu senden sind, es sei denn, eine Partei hat später eine andere Zustellungsanschrift angegeben". Der Beschwerdegegner hat keine andere Adresse angegeben.

Gemäß der Schiedsgerichtsordnung hat der Einzelschiedsrichter in der Sitzung vom 2022-01-31 den Fall abgeschlossen. Das Gericht hat auf der Grundlage der vom Kläger vorgelegten Unterlagen einen Beschluss in der Fassung des Tenors erlassen und abgefasst. Der Beschluss des Gerichts gemäß der Gerichtsordnung ist endgültig und kann nicht angefochten werden.

Dr. Wojciech Szaffler  
Verordneter Übersetzer  
für die deutsche Sprache  
PL - 96 400 Gliwice  
ul. Witosa 7/3B



Mitteilung an die Verfahrensbeteiligten Das Gericht weist die Parteien darauf hin, dass die Entscheidung in der vorliegenden Rechtssache nach der Verfahrensordnung des Gerichts endgültig ist. Die Verfahrensparteien können jedoch eine Klage auf Aufhebung des Schiedsspruchs (Entscheidung) gemäß dem in der polnischen Zivilprozessordnung, Art. 1208 § 1, vorgesehenen Verfahren einreichen, und zwar aufgrund der zwischen den Verfahrensparteien geschlossenen Schiedsklausel und der darin enthaltenen Bestimmung, dass "...das auf den Vertrag anwendbare Recht das materielle polnische Recht ist...". Das Gericht weist die Parteien darauf hin, dass eine Klage auf Aufhebung eines Schiedsspruchs innerhalb von zwei Monaten ab dem Datum, an dem die Partei die Entscheidung (den Schiedsspruch) in ihrer endgültigen Form erhalten hat (zugestellt wurde), eingereicht werden muss. Die Einreichung einer Klage erfolgt nach dem Verfahren, das in der polnischen Zivilprozessordnung bzw. in Abschnitt 6.2.3.9 der Gerichtsordnung festgelegt ist. Um dieses Recht und diese Anweisung auszuüben, sollten/können die Parteien die professionelle Hilfe eines Anwalts und/oder eines Rechtsberaters in Anspruch nehmen

Einzelschiedsrichter Anna Martyniuk; unleserliche Unterschrift

2022-01-31

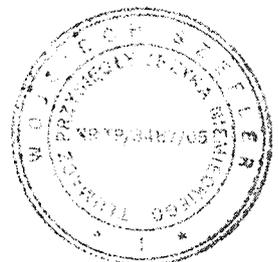
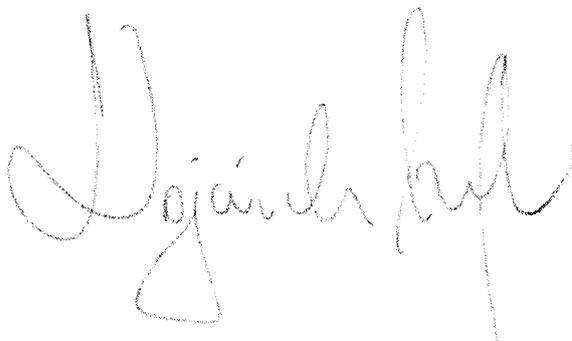
Stempel: das Paneuropäische Schiedsgericht PESA ul. Marszałkowska 53/36 00-676  
Warschau

---

Als vom polnischen Justizminister öffentlich bestellter und allgemein beeidigter Übersetzer für die deutsche Sprache bestätige ich: Vorstehende Übersetzung der mir im Original vorgelegten, in polnischer Sprache abgefassten Urkunde ist richtig und vollständig.

Urkundenrolle Nr. 4135/2022 PL – Ciechanów, den 04.05.2022

Dr. Wojciech Szefler  
Vereidigter Übersetzer  
für die deutsche Sprache  
PL - 06 400 Ciechanów  
ul. Wzrost 7/8



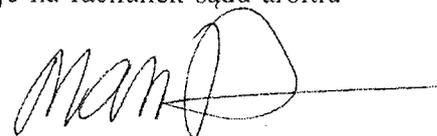
**Postanowienie**

**Pan-europejskiego Sądu Arbitrażowego**

31 stycznia 2022 r.

Pan-europejski Sąd Arbitrażowy w Warszawie, ul. Marszałkowska 53/36 w składzie: Jedyne Arbitr Anna Martyniuk (Oświadczenie o Przyjęciu oraz Deklaracja Niezależności i Bezstronności oraz zawiadomienie stron o wyborze arbitra z dnia 04-01-2022r.) po rozpoznaniu w dniu 31 stycznia 2022 r. w Warszawie na rozprawie sprawy z powództwa Villa Europa Spółka z ograniczoną odpowiedzialnością w 00-807 Warszawie, ul. Sienna 64, przeciwko Dr Kai Nagel, adres TU [Technische Universität] Berlin Sekr. SG 12, Salzufer 17-19, D-10587 Berlin, Niemcy na podstawie Klauzuli o Arbitraż w Umowie Stron z dnia 18 września 2020r. i pozwem Spółki Villa Europa z dnia 04-01-2022r. o zapłatę €12.921 wraz z odsetkami ustawowymi:

1. Zasądza od pozwanego Dr Kai Nagel, adres TU [Technische Universität] Berlin Sekr. SG 12, Salzufer 17-19, D-10587 Berlin, Niemcy, na rzecz Villa Europa spółka z ograniczoną odpowiedzialnością z siedzibą w Warszawie, ul. Sienna 64, kwotę €12.921 (dwanaście tysięcy dziewięćset dwadzieścia jeden EURO) tytułem zapłaty za wykonaną usługę wydawniczą na rzecz pozwanego, publikację wideo wykładu pozwanego z otwartym dostępem, oraz zapłatę kosztów enumerowanych w Umowie Stron;
2. Zasądza od pozwanego tytułem wniosku powoda wynikającego z polskiego Kodeksu Cywilnego, Art. 481 §2<sup>1</sup> ustawowe odsetki za opóźnienie od kwoty €12.921 (dwanaście tysięcy dziewięćset dwadzieścia jeden EURO) od dnia 10-09-2020r. do dnia zapłaty;
3. W wyniku wniosku powoda wynikającego z Regulaminu Sądu, zasądza od pozwanego €3.199,75 (trzy tysiące sto dziewięćdziesiąt dziewięć EURO) na poczet zwrotu kosztów jedyne arbitra i wynagrodzenia jedyne arbitra zgodnie z Klauzulą Arbitrażową i Regulaminem Sądu (punkt 5.3 oraz punkt B postępowanie przyspieszone);
4. Zasądza od pozwanego €1.282,25 (tysiąc dwieście osiemdziesiąt dwa EURO) tytułem kosztów zastępstwa procesowego (polskie Rozporządzenie Ministra Sprawiedliwości z dnia 22-10-2015r.) pełnomocnika powoda;
5. Zasądza od pozwanego €129 (sto dwadzieścia dziewięć EURO) tytułem kosztów kancelarii notarialnej i €621 (sześćset dwadzieścia jeden EURO) tytułem kosztów tłumacza przysięgłego;
6. Zasądza od pozwanego €2.197,80 (dwa tysiące sto dziewięćdziesiąt siedem EURO) tytułem opłaty arbitrażowej i zwrotu kosztów sądowych zgodnie z Klauzulą Arbitrażową i Regulaminem Sądu (punkt 5.3 oraz punkt B postępowanie przyspieszone);
7. Pozostałe koszty administracyjne i kancelaryjne przejmuje na rachunek sądu arbitrażowego.



Jedyne Arbitr Anna Martyniuk  
2022-01-31



54 Sygn. Akt PESA 04-01/G/2022

**Uzasadnienie Postanowienia**

57 Strony postępowania zawarły pisemną umowę (akta sprawy) na uczestnictwo pozwanego (dr  
58 Kai Nagel) w zorganizowanej przez powódkę konferencji naukowej poświęconej badaniom  
59 pandemii COVID-19. Konferencja odbyła się on-line 18 września 2020r. i pozwany Dr Kai  
60 Nagel wygłosił wykład pt. "Using mobile phone data for epidemiological simulations of lock-  
61 downs: government interventions, behavioral changes, and resulting changes of reinfections".  
62 Wykład Dr Nagel'a został nagrany, a jego treść i praca redakcyjna powoda nad nagraniem  
63 wykładu została w pełni zaakceptowana przez Dr Nagel'a. Wykład ostatecznie został opubli-  
64 kowany na kanale powódki na serwisie YouTube.

65  
66 Postępowanie przeprowadzono zgodnie z Klauzulą Arbitrażową zapisaną w Umowie  
67 Stron (strona 5 tejże umowy) oraz zgodnie z Regulaminem Pan-europejskiego Sądu Arbitra-  
68 żowego, zgodnie z polskim Kodeksem Postępowania Cywilnego (KPC) Część V (Sąd Polu-  
69 bowny (Arbitrażowy)) oraz zgodnie ustawą modelową UNCITRAL, spełniając wszystkie  
70 postanowienia obligatoryjne i fakultatywne tychże, Umowy Stron oraz mając na uwadze na  
71 art. 1206 polskiego KPC.

72  
73 Klauzula Arbitrażowa zawarta między stronami precyzowała że: (1) językiem arbitrażu  
74 będzie język polski, a prawem właściwym dla umowy jest materialne prawo polskie, Kon-  
75 wencja N. Y. z 1958 roku i Regulamin Pan-europejskiego Sądu Arbitrażowego oraz że: (2)  
76 liczba arbitrów będzie wynosiła jeden.

77  
78 W związku z postanowieniami Klauzuli Arbitrażowej zawartej między stronami i zapisu  
79 na Regulamin Sądu, Jedyńy Arbitr ustalił:

- 80 1. Pismem poleconym (Poczta Polska # RR489611934PL) z dnia 2022-01-05, sąd za-  
81 wiadomił i zobowiązał pozwanego do odpowiedzi na pozew (na wezwanie na arbi-  
82 traż). Sąd również pouczył pozwanego o jego prawach wynikających z Klauzuli Arbi-  
83 trażowej zawartej między stronami. Tym samym pismem, sąd, zawiadomił pozwanego  
84 o ustanowieniu zgodnie z Regulaminem Sądu, Jedyńego Arbitra w trybie postępowania  
85 uproszczonego ustalonego w Klauzuli Arbitrażowej stron postępowania.
- 86 2. Pozwany dnia 08/01/2022r. o godz. 14:40 (doręczone pozwanemu przez narodowego  
87 operatora - Deutsche Post) odebrał odpis pozwu (wezwanie na arbitraż) oraz Oświad-  
88 czenie o Przyjęciu oraz Deklarację Niezależności i Bezstronności arbitra oraz zawiad-  
89 omienie stron o wyborze arbitra datowane na 04-01-2022r.

90 Zgodnie z Regulaminem Sądu (postępowanie uproszczone wynikające z Klauzuli Arbitra-  
91 żowej), termin zawity wysłania odpowiedzi na pozew (na wezwanie na arbitraż) w formie  
92 pisemnej i formie skanu pisma na adres sądu pesa@pesa-count.org zgodnie z regulaminem  
93 sądu będącego integralną częścią Klauzuli Arbitrażowej zawartej między stronami postępo-  
94 wania (punkt 6.2.3.3.) zapadł 24-01-2022r.

95 Pozwany (w przeciwieństwie do powódki) nie skorzystał z zasady kontrydiktoryjności na-  
96 zywanej inaczej zasadą sporności. Jest to jedna z najbardziej istotnych zasad postępowania  
97 cywilnego. Zakłada ona, że między stronami procesu toczy się spór to na stronach ciąży obo-  
98 wiązek udowodnienia swoich racji. W tak rozumianym procesie sąd odgrywa jedynie rolę  
99 arbitra, który wydaje wyrok.



Brak odpowiedzi na pozew, zgodnie z regulaminem sądu, nie wstrzymuje dalszego biegu postępowania. Jednakże, ze względu na art. 1190 § 2 polskiego Kodeksu Postępowania Cywilnego, jeżeli pozwany nie wniesie odpowiedzi na pozew zgodnie z art. 1188 tegoż kodeksu, sąd arbitrażowy kontynuuje postępowanie. Dodatkowo pozwany, nie skorzystał z przepisu art. 1190 § 4 polskiego Kodeksu Postępowania Cywilnego, dopuszczającego możliwość usprawiedliwienia swojej beczynności przed sądem.

Jednakże brak odpowiedzi na pozew nie może być uznany przez sąd za przyznanie faktów przytoczonych w pozwie. Nie można stosować domniemania, że bierna strona milcząco przyznaje twierdzenia strony przeciwnej. W każdych okolicznościach, w razie braku udziału strony w postępowaniu, sąd arbitrażowy ma obowiązek rzetelnego i pełnego rozważenia argumentów dotyczących stanu faktycznego i prawnego sprawy.

Konieczne zatem było przeprowadzenie postępowania i analiza dokumentów złożonych przez powodową Spółkę.

Sąd w szczególności analizował: (1) dokument Umowa Stron, (2) Klauzulę na Arbitraż, (3) realizację Umowy Stron w postaci video zapisu uczestnictwa pozwanego w konferencji, (4) pisemną akceptację pozwanego dla serwisu edytorskiego powódki, oraz (5) pozostałe faktury, w tym faktury dotyczące wykonania Umowy. Sąd po wnikliwej analizie uznał, że wszystkie wymienione dowody i argumenty jednoznacznie i dostatecznie potwierdzają stan faktyczny i prawny sprawy.

Dlatego żądanie wydania i wydanie wyroku zapłaty na rzecz powódki było w pełni uzasadnione.

Ze względu na nowelizację polskiego Kodeksu Postępowania Cywilnego w art. 139<sup>1</sup> sąd podkreśla, że dowodem, że pozwany przebywa pod wskazanym w pozwie adresem do doręczeń: Dr Kai Nagel, TU [Technische Universität] Berlin Sekr. SG 12, Salzuffer 17-19, D-10587 Berlin, Niemcy, jest Klauzula Arbitrażowa stron postępowania, w której pozwany jednoznacznie wskazał dokładnie ten adres do doręczeń pism sądu arbitrażowego. Z tego względu, sąd uznał doręczenie za skuteczne i uznał brak podstaw do zawieszenia postępowania. Również, Regulamin Sądu stanowiący integralną część Klauzuli Arbitrażowej, w punkcie 6.2.2.3. wskazuje że „wszystkie pisma procesowe sąd wysyła na adresy stron podane w Klauzuli Arbitrażowej stron, chyba że strona w terminie późniejszym wskazała inny adres do doręczeń.” Pozwany nie wskazał innego adresu.

W związku z Regulaminem Sądu, Jedyiny Arbiter na posiedzeniu w dniu 2022-01-31 zamknął sprawę. Sąd na podstawie dokumentów złożonych przez powódkę wydał i sporządził postanowienie jak w sentencji. Postanowienie sądu na podstawie Regulaminu Sądu jest ostateczne i nie podlega apelacji.

**Pouczenie Stron Postępowania:** Sąd poucza strony, że na podstawie Regulaminu Sądu, postanowienie w niniejszej sprawie jest ostateczne. Jednakże strony postępowania mogą złożyć skargę o uchylenie orzeczenia (postanowienia) w trybie opisanym w polskim Kodeksie Postępowania Cywilnego, Art. 1208. § 1. Ze względu na Klauzulę Arbitrażową zawartą między stronami postępowania, i w teście zapis, że „...prawem właściwym dla umowy jest prawo materialne polskie...” sąd poucza strony, że skarga na uchylenie wyroku sądu polubownego (arbitrażowego) musi być wniesiona w terminie dwóch miesięcy od dnia, w którym strona otrzymała (doręczono jej) postanowienie (wyrok) w jego ostatecznej formie. Wniesienie skargi odbywa się w trybie opisanym w polskim Kodeksie Postępowania Cywilnego i punktu 6.2.3.9 Regulaminu Sądu, odpowiednio. W celu realizacji powyższego prawa i pouczenia strony powinny/mogą posilkować się profesjonalną pomocą adwokata i/lub radny prawnego

Jedyny Arbiter Anna Martyniuk



CAKOWSKI  
Kancelaria Notarialna  
ul. Pańska 73  
00-101 Warszawa

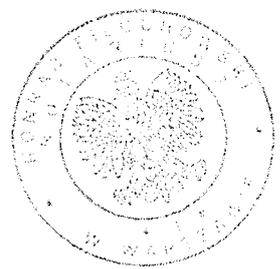
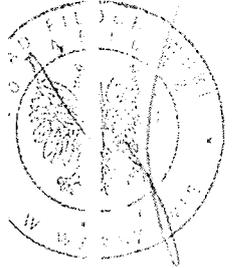
**REPERTORIUM A Nr 2186 /2022**

Dnia dwudziestego kwietnia dwa tysiące dwudziestego drugiego (20.04.2022) roku.-----

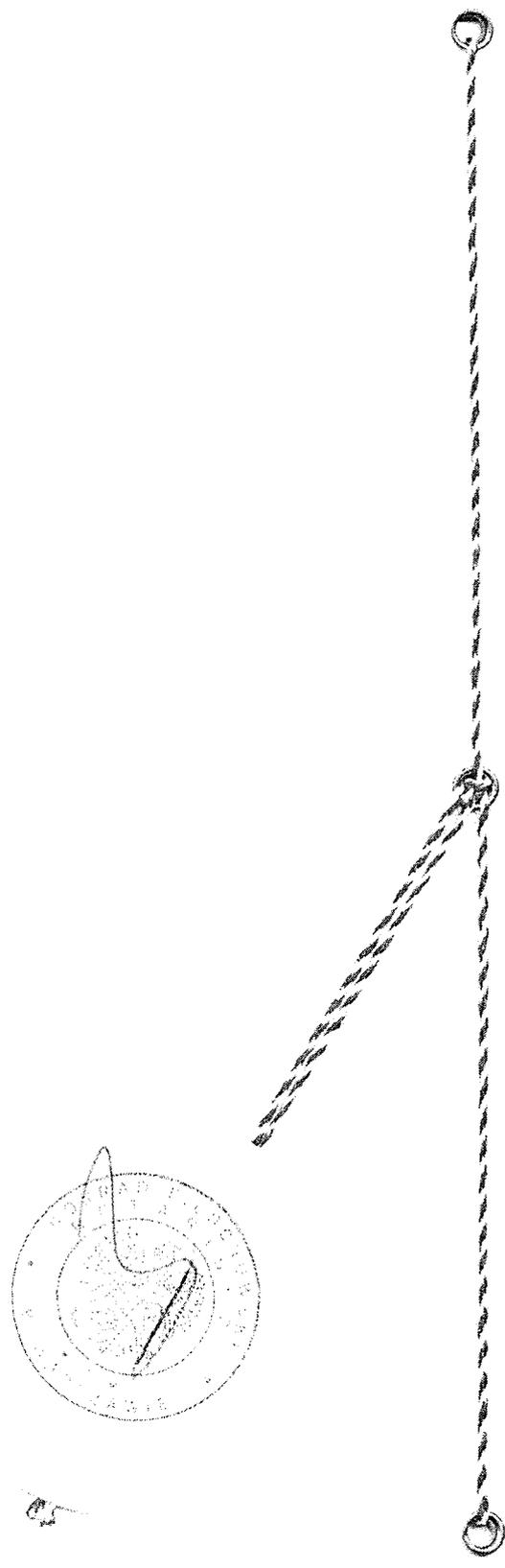
Poświadczam zgodność powyższego odpisu - kopii z dokumentem okazanym w Kancelarii Notarialnej w Warszawie, przy ulicy Pańskiej nr 73. -----

Oplaty wynoszą: -----

- taksa notarialna w kwocie 12,00 zł (§ 13. rozporządzenia Ministra Sprawiedliwości z dnia 28.06.2004 r. w sprawie maksymalnych stawek taksy notarialnej (t. j. Dz. U. z 2020 r. poz. 1473 z późn. zm). -----
- podatek od towarów i usług w stawce 23% w kwocie 2,76 zł (art. 146aa w zw. z art. 41 ustawy z dnia 11.03.2004 r. o podatku od towarów i usług t. j. Dz. U. z 2021 r. poz. 685 z późn. zm.).-----



*Kunrad Pilchowski*  
Kunrad Pilchowski  
notariusz



05